

Hannover, den 25. 5. 1988

**Mündliche Anfragen  
gemäß § 47 der Geschäftsordnung  
des Niedersächsischen Landtages**

1. Abgeordnete  
Bartels,  
Brauns,  
Bruns (Reinhausen),  
Frau Heyer,  
Jüttner,  
Reckmann,  
Schack,  
Schwarz,  
Frau Tewes  
(SPD)

**Einnahmen durch Gebühren der Gewerbeaufsichtsverwaltung — Kap. 15 06 Titel 243 01**

Der Haushaltsplan 1988 weist im Einzelplan 15 für den Geschäftsbereich des Niedersächsischen Umweltministeriums Einnahmen von 7,3 Mio. DM aus. Dieser Betrag sollte aufgrund einer in 1988 erstmals erhobenen Gebühr für Stellungnahmen der Gewerbeaufsicht zu gewerblichen Baugesuchen als Einnahme für den Landeshaushalt anfallen. Bei den Beratungen zum Etatentwurf im September 1987 stellte Staatssekretär Dr. Reinke eine entsprechende Änderung der allgemeinen Gebührenordnung in Aussicht, um die rechtliche Grundlage für die Erhebung zu schaffen. Die Einnahmen von 7,3 Mio. DM sind im selben Etat unter Kap. 15 04 Titelgruppe 94 als Ausgaben für Maßnahmen der Abfallwirtschaft eingeplant worden, u. a. für die Sicherung der Deponie Münchehagen und der Deponie Merkel.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Zu welchem Zeitpunkt ist eine entsprechende Änderung der allgemeinen Gebührenordnung in Kraft getreten, die eine Gebühr für Stellungnahmen der Gewerbeaufsicht zu gewerblichen Baugesuchen ermöglicht?
2. Welcher Betrag konnte zum Stichtag 1. Mai 1988 als Einnahme des Landes aus Gebühren für Stellungnahmen der Gewerbeaufsicht für gewerbliche Baugesuche verbucht werden?
3. Ist damit zu rechnen, daß die Zielgröße von 7,3 Mio. DM aus dieser Einnahmequelle zum Stichtag 31. 12. 1988 erreicht wird? Wenn nein, warum nicht?

2. Abgeordneter  
Schörshusen  
(Grüne)

**Abschaffung der Steuerfreiheit für Dieselfahrzeuge**

Die Landesregierung hat laut Meldung des „Rundblick“ vom 14. April im Gegensatz zum Vorschlag des Umweltministers beschlossen, im Bundesrat ge-

gen den von NRW eingebrachten Antrag zur Abschaffung der Steuerfreiheit für Dieselmotorkraftfahrzeuge zu stimmen. Begründet wurde dieses Vorgehen mit der Sicherung des Vertrauensschutzes und den Interessen des VW-Konzerns.

Vor dem Hintergrund, daß die These von der Schadstoffarmut der Dieselmotorkraftfahrzeuge längst überholt ist und Wissenschaftler wie Prof. Erich Elstner vom Botanischen Institut der TU München den Dieselmotorkraftfahrzeuge sogar als „ebenso gefährlich wie Asbest“ bewerten,

frage ich die Landesregierung:

1. Wie beurteilt sie die zahlreichen Gutachten zur Gefährlichkeit der Dieselmotorkraftfahrzeuge und deren gleichzeitige steuerliche Einstufung als „schadstoffarm“ oder „bedingt schadstoffarm“?
2. Wie hoch beziffert sie die jährlichen zusätzlichen Einnahmen des Landes bei einem Wegfall der Steuervergünstigungen für Dieselmotorkraftfahrzeuge?
3. In welcher Weise wurden die Interessen des VW-Konzerns bei der Kabinettsentscheidung berücksichtigt?

3. Abgeordnete  
Adam,  
Auditor,  
Frau Goede,  
Kirschner,  
Köneke,  
Mientus,  
Mühe  
(SPD)

#### Internationale Jugendarbeit in Niedersachsen

Die internationale Jugendarbeit in Niedersachsen leistet einen wesentlichen Beitrag zur Völkerverständigung und zur Förderung des Europagedankens.

In der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Adam (SPD) vom 19. 10. 1987 wurde festgestellt, daß sich die Landesregierung künftig im wesentlichen auf die Förderung neuer Austauschverbindungen beschränken will.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie ist nach ihrer Ansicht der Standard der bestehenden internationalen Jugendarbeit in Niedersachsen zu gewährleisten, wenn eine Förderung künftig im wesentlichen nur noch neuen Verbindungen gewährt werden soll?
2. Wie beurteilt sie die Verschiebung der Förderung internationaler Jugendarbeit in Niedersachsen weg von den freien Jugendverbänden hin zu Austauschverbindungen von Schulen und Kommunen?
3. Welche Möglichkeiten sieht sie, die internationale Jugendarbeit insbesondere der freien Jugendverbände auch dann in ausreichendem Maße zu fördern, wenn Mittel des Bundes und der Kommunen nicht ausreichen oder gekürzt werden?

4. Abgeordnete  
Dr. Hansen,  
Trittin  
(Grüne)

#### Speicherung von HIV-Infizierten im polizeilichen Informationssystem

Auf der letzten Innenministerkonferenz in Celle gab es bezüglich der Speicherung von HIV-Infizierten im polizeilichen Informationssystem INPOL keine Einigung. Ein dort vorliegender Entwurf für eine gemeinsame Regelung, welcher auf die Legalisierung der bisherigen — umstrittenen — Praxis zielte, scheiterte am Widerstand verschiedener Bundesländer. Dessen ungeachtet werden weiterhin HIV-infizierte Menschen mit dem Hinweis „Ansteckungsgefahr“, „Vorsicht Blutkontakt“ in INPOL gespeichert.

In Niedersachsen hatte der Sozialminister im Landtag erklärt, er halte eine solche Speicherung für „zur Zeit nicht angebracht“. Dennoch waren zu diesem Zeitpunkt auch 12 Personen von niedersächsischen Dienststellen dort eingespeichert worden. Am 6. 1. 1988 antwortete der Innenminister auf eine Anfrage des Abg. Trittin (Grüne), wann diese „nicht angebrachten“ Speicherungen denn nun gelöscht würden, sein Haus befände sich zur Zeit im Stadium der Prüfung. Eine endgültige Entscheidung könne erst nach Vorlage eines Arbeitsgruppenberichtes des Bundes und der Länder getroffen werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Auffassung hat sie nach Abschluß ihres Meinungsbildungsprozesses während der Innenministerkonferenz in Celle vertreten?
2. In welchem Umfang und auf welcher Rechtsgrundlage nimmt Niedersachsen zur Zeit die Speicherung von HIV-Infizierten in INPOL vor?
3. Wie viele Infizierte hat Niedersachsen nach der Kritik und den Bedenken des Sozialministers sowie von Datenschützern aus dem polizeilichen Informationssystem wieder gelöscht?

5. Abgeordnete  
Frau Dr. Schole,  
Mönninghoff  
(Grüne)

#### Kläranlage des VW-Werkes in Wolfsburg

Das VW-Werk in Wolfsburg betreibt seit 1985 eine (physikalisch-chemisch-biologische) Kläranlage für die gesamten im Werk anfallenden Abwässer. Dieser Kläranlage ist bisher von der zuständigen Behörde die Betriebsgenehmigung nicht erteilt worden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Warum wurde die Betriebsgenehmigung bisher verweigert?
2. Welches sind die Problemstoffe, deren Einleitung bisher einer Genehmigung entgegenstand?
3. Auf welcher rechtlichen Grundlage erfolgt der Betrieb z. Z.?

6. Abgeordneter  
Mönninghoff  
(Grüne)

**Verkauf von 8000 Wohnungen der Neuen Heimat**

Laut Presseberichten sollen in Kürze 8000 Wohneinheiten der Neuen Heimat Niedersachsen in den Besitz der Firma „Allgemeine Vermögens AG“ (ALWO) überführt werden, deren Zweck es ist, diese Wohneinheiten an „Mieter oder ihnen nahestehenden Personen“ (HAZ vom 7. 5. 1988) zu verkaufen.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welchen Orten befinden sich wie viele dieser Wohneinheiten?
2. Was ist unter der Formulierung „ihnen nahestehende Personen“ zu verstehen?
3. Was geschieht mit den Mieterinnen und Mietern, die ihre Wohnungen nicht kaufen können oder wollen?

7. Abgeordnete  
Mühe,  
Glogowski,  
Schneider,  
Kirschner,  
Biel,  
Bosse  
(SPD)

**Privatisierung von Teilen des Salzgitter-Konzerns**

Bundesminister Stoltenberg hat überraschend die baldige Privatisierung des Salzgitter-Konzerns oder zumindest von Teilen davon angekündigt. Er hat dabei hervorgehoben, daß diese Maßnahme sich nicht aus der akuten Finanzknappheit des Bundes, sondern aus ordnungspolitischen Vorstellungen ableitet.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist sie über die Absichten der Bundesregierung unterrichtet worden, und welche Haltung hat sie hierzu eingenommen bzw. wird sie einnehmen?
2. Teilt sie die ordnungspolitischen Vorstellungen der Bundesregierung in diesem Punkt, und wenn ja, wie will sie dann zukünftig auf die besonderen Arbeitsmarktprobleme des Raumes Salzgitter/Peine, die sich verschärfen werden, wenn die ertragsstarken Teile aus dem Konzern herausgelöst werden, reagieren und Einfluß nehmen?
3. Teilt sie die Auffassung, daß die Belegschaften der einzelnen Konzernbetriebe durch ihren Einsatz und durch Verzicht in den letzten Jahren erheblich zur Konsolidierung des Konzerns beigetragen haben, und hält sie in diesem Zusammenhang die Ankündigung des Bundesministers der Finanzen hinsichtlich weiterer Anstrengungen für motivierend?

8. Abgeordnete  
Frau Dr. Dückert  
(Grüne)

#### Bleihütte Nordenham

Pressemeldungen zufolge beabsichtigt die Landesregierung, der Preussag AG eine Genehmigung zu erteilen, die der Nordenhamer Bleihütte bis 1994 eine Überschreitung der Grenzwerte für Schwefeldioxid (SO<sup>2</sup>) ermöglicht. Das Oldenburger Gewerbeaufsichtsamt wie auch die zuständige Fachabteilung im Niedersächsischen Umweltministerium hätten bereits mündlich eine Genehmigung angekündigt. Jedoch solle (so z.B. die OZ vom 29. 4. 1988) die Preussag verpflichtet werden, bis 1994 tatsächlich eine neue Bleihütte in Nordenham zu bauen, die den ab 1991 gültigen Grenzwerten der TA-Luft genüge.

Dies vorausgeschickt, frage ich die Landesregierung:

1. Welche schriftlichen und mündlichen Abmachungen gibt es bisher mit der Preussag AG bezüglich der Fortführung der jetzigen Nordenhamer Bleihütte über 1991 hinaus?
2. Welche Gründe sprechen dagegen, die Errichtung einer neuen (den Grenzwerten der TA-Luft genügenden) Bleihütte in Nordenham bis 1991 zu realisieren?
3. Welche rechtlich gültigen Abmachungen zwischen der Preussag AG und dem Land Niedersachsen sind möglich oder angestrebt, um die Preussag AG zur Errichtung einer neuen Bleihütte in Nordenham zu verpflichten?

9. Abgeordneter  
Jüttner  
(SPD)

#### Stellenstreichungen bei den Gewerbeaufsichtsämtern

Im Plenum des Niedersächsischen Landtags hat der Umweltminister am 10. 3. 1988 (S. 4661) ausgeführt, daß die Gewerbeaufsichtsverwaltung von den personalwirtschaftlichen Maßnahmen der Landesregierung ausgenommen sei, also keine Stellenstreichungen vorgenommen würden. Seit dem 10. 3. 1988 sind jedoch mindestens zwei Stellen des mittleren Dienstes, und zwar an den Ämtern in Göttingen und Osnabrück, gestrichen worden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Konsequenzen haben die vollzogenen Stellenstreichungen hinsichtlich der Gewährleistung von Arbeits- und Umweltschutz in den betroffenen Regionen?
2. Welche weiteren Stellen in der Gewerbeaufsicht sind gegenwärtig — und seit wann — nicht mehr besetzt, und wie soll weiter mit ihnen verfahren werden?

10. Abgeordnete  
**Aller,**  
**Kaiser,**  
**Lehnert**  
 (SPD)

**Modelle zur gleitenden Differenzierung an der Orientierungsstufe**

Seit etwa einem Jahrzehnt wird an der Orientierungsstufe der Albert-Einstein-Schule in Laatzen in den Fächern Englisch und Mathematik die gleitende Differenzierung praktiziert. Dies erfolgte stets mit einhelliger Zustimmung der Elternschaft. Dem Vernehmen nach hat sich auch die Schulaufsicht im Rahmen der Bestandsaufnahme positiv über diese Modelle geäußert. Der Kultusminister hat die in regelmäßigen Abständen zu stellenden Anträge jeweils positiv entschieden.

Ein für die nächsten Schuljahre gestellter Antrag — auch dieser mit dem einstimmigen Votum der Elternschaft — ist jedoch vom Kultusministerium abgelehnt worden. Abgelehnt wurden auch Anträge auf zum Teil langjährig erfolgreich praktizierte Differenzierungsmodelle von Orientierungsstufen in Wunstorf und Seelze. Dieses Vorgehen hat an beiden Schulstandorten zu erheblicher Unruhe und zu Protest der betroffenen Kollegien und Eltern geführt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welches waren die Gründe, diesen Antrag abzulehnen?
2. Wie bewertet sie das Votum der Schulelternschaft, und warum gilt nicht auch in diesem Fall der Elternwille?
3. Steht die Ablehnung des Antrags der Schule auf Fortsetzung der gleitenden Differenzierung im Zusammenhang mit der in der CDU geführten Diskussion um die Orientierungsstufe?

11. Abgeordnete  
**Aller,**  
**Theilen,**  
 (SPD)

**Ausscheiden des Regierungssprechers von Poser aus dem Landesdienst**

Wie Presseberichten zu entnehmen ist, beabsichtigt der Pressesprecher der Landesregierung, Herr „Staatssekretär“ Hilmar von Poser, aus dem Landesdienst auszuscheiden. Laut Stellenübersicht im Haushaltsplan des Landes für 1988 erhält von Poser als Angestellter des Landes außertarifliche Vergütung entsprechend der Besoldung eines Staatssekretärs. Der Bund der Steuerzahler hat gerügt, daß, bedingt durch das Ausscheiden auf eigenen Wunsch, unverhältnismäßig hohe Kosten vom Steuerzahler aufzubringen sein werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist Herr von Poser überhaupt berechtigt, als Angestellter die Dienst- oder Amtsbezeichnung „Staatssekretär“ zu führen?
2. Welche berechtigten Ansprüche kann Herr von Poser aus dem Dienstvertrag bei seinem Ausscheiden stellen, und welche Kosten werden dadurch für das Land entstehen?
3. Welche Vertragsmodalitäten beabsichtigt sie mit Herrn von Poser für den Fall seines Ausscheidens zu treffen, und welche Kosten entstehen dadurch für das Land?

12. Abgeordnete  
Bruns (Emden),  
Aller  
(SPD)

#### **Drückende Last der Sozialhilfeausgaben durch Abbau sozialer Leistungen**

Im Zusammenhang mit der Diskussion um den Gesetzesvorschlag des Bundesrates, einen Teil der Sozialhilfekosten auf den Bund zu übertragen, hat der CDU-Generalsekretär und frühere Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Heiner Geißler, erklärt, die gewaltige Steigerung der Sozialhilfekosten sei auch darauf zurückzuführen, daß die Bonner CDU/CSU-FDP-Regierung Leistungen aus der Sozialversicherung entfernt und zahlreiche Menschen damit auf die Inanspruchnahme von Sozialhilfe verwiesen habe (Interview im Deutschlandfunk, Bericht dazu in der HAZ vom 17. 5. 1988). Damit hat der CDU-Politiker die sozialdemokratische Kritik an der Umverteilungspolitik der Bundesregierung bestätigt. Die Gesetze zur Reduzierung sozialer Leistungen aus Sozialversicherungsgesetzen zugunsten der schlechteren und nachgeordneten Leistungen aus der Sozialhilfe sind mit Zustimmung Niedersachsens im Bundesrat verabschiedet worden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Durch welche Gesetze und Gesetzesänderungen werden seit Oktober 1982 welche Leistungen aus der Sozialversicherung gestrichen bzw. reduziert?
2. Welche Auswirkungen in welcher Höhe hatten diese Kürzungen für den Landeshaushalt und die kommunalen Haushalte in Niedersachsen?
3. Ist die Landesregierung angesichts dieser Entwicklung bereit, ihre Politik der Förderung und Unterstützung des sozialen Leistungsabbaus zu revidieren?

13. Abgeordneter  
Aller  
(SPD)

**Auswirkungen der mittelfristigen Steuerschätzungen auf den Landeshaushalt und die Haushalte der niedersächsischen Gemeinden**

Vom 9. bis 11. Mai 1988 hat der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ eine neue Schätzung der mittelfristigen Steuerentwicklung erarbeitet. Nach Presseberichten haben die Länder gegenüber den Schätzungen des Arbeitskreises vom Mai 1988 für 1989 ein um 2,3 Mrd. DM, für 1990 um 2,6 Mrd. DM und für 1991 um 2,7 Mrd. DM niedrigere Steuereinnahmen zu erwarten. Für die Kommunen sind die Einnahmeerwartungen für 1989 um 1,3 Mrd. DM, für 1990 um 1,5 Mrd. DM und für 1991 um 1,7 Mrd. DM niedriger angesetzt worden. Es ist Aufgabe der Länder, dieses Zahlenwerk unter Berücksichtigung regionaler Faktoren zu „regionalisieren“.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Einschätzungen der wirtschaftlichen Entwicklung liegen den Steuerschätzungen zugrunde?
2. Welche Veränderungen macht die Regionalisierung der Steuerschätzungen gegenüber den in der Mittelfristigen Planung in Tabelle I auf Seite 12 dargestellten Steuereinnahme-Erwartungen, getrennt für die Jahre 1989, 1990 und 1991, erforderlich?
3. Wie sehen die Veränderungen im einzelnen für die in Frage 2 genannten Jahre gegenüber den von der Landesregierung in den Orientierungsdaten für die Gemeindefinanzplanung 1987 bis 1991 (Nds. MBl. 1987, 872) genannten Daten aus?